

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radewornwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilt. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 41

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 27.—
monatlich M. 9.—

Halver

Freitag, den 17. Februar 1922

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Breite
40 Bsp., auswärts 50 Bsp., im Reklameteil 1 mm hoch
90 mm breit 2.00 M.

22. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Regierungsparteien versuchen, durch neue Verhandlungen über die Koalitionserweiterung das zu erwartende Abstimmungsergebnis über die Kabinettsfrage günstiger zu gestalten.

* Die Versammlung der brandenburgischen Landwirte in Berlin forderte für das nächste Erntefahr vollständig freie Wirtschaft.

* Poincaré hat in London wissen lassen, daß er mit einer Vertagung der Konferenz von Genua auf Mitte April einverstanden sei.

* Das englische Unterhaus hat einen Antrag Asquith, der der Regierung Verschwendung vorwirft, mit 241 gegen 92 Stimmen abgelehnt.

* Die englische Admiralität teilt mit, daß Deutschland Schiffe mit einer Tonnage von 2187217 Tonnen im Werte von 660 Millionen Goldmark abgeliefert habe.

* Die englische Regierung hat im Unterhause eine Erklärung über die Kriegsbeschädigtenfrage abgegeben.

Mehrheit für Dr. Wirth.

230 Ja, 185 Nein.

Bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum für das Kabinett Dr. Wirth im Reichstag wurden abgegeben für das Vertrauensvotum der

Regierungsparteien	230 Stimmen,
dagegen	185 Stimmen.

Die Mehrheit für den Kanzler beträgt also 45 Stimmen. Es lagen 16 Stimmenthaltungen vor. Die eingebrachten Mißtrauensanträge waren durch die Annahme des Vertrauensvotums erledigt.

Hüben und drüben.

Von einem in die Parteiverhältnisse genau eingeweihten Politiker wird uns geschrieben:

Wer immer nur das Recht auf der einen, das Unrecht auf der anderen Seite sucht und findet, der hat es ungemein leicht, in den politischen Wirren dieser Tage den Kompaß für seine Urteilsbildung zu richten. Die Parteiblindheit ist auch leider Gottes im deutschen Volke schon so weit vorgeschritten, daß es fast unmöglich geworden ist, ruhigeren Erwägungen Gehör zu verschaffen, oder gar in diesem Lager Gläubige dafür zu werden, daß in jenem Lager nicht alles, was geschieht, auf Haß und Selbstsucht und Gemeinheit beruht, im eigenen nicht alles Gold ist, was glänzt. Die Leidenschaftlichkeit beherrscht die Stunde, seitdem, was wir einst Bürgerfrieden genannt haben, endgültig zum Teufel gegangen ist. Und doch sollte jeder, der es gut meint mit seinem Vaterlande, nicht auf den Versuch verzichten, Licht und Schatten einigermaßen gleichmäßig zu verteilen, oder, um bestimmter zu sprechen, den Gegner nach den wahren Motiven seines Handelns begreifen zu lernen.

Wie steht es denn bei dem unseligen Kampfe um Dr. Wirth, dessen Zeugen wir in diesen Tagen gewesen sind? Der äußerste Flügel der Rechten, die Deutschnationale Volkspartei, hat aus ihrer unbedingten Gegnerschaft gegen diesen Zentrumskanzler vom ersten Anbeginn seiner Tätigkeit kein Hehl gemacht. Denn die Zeiten, da die Rechte und das Zentrum sich im großen und ganzen gut verstanden, sind längst vorüber; die Tätigkeit Erzbergers hat so tiefe Spuren in dieser ausgesprochenen Mittelpartei hinterlassen, daß die hier eingetretene Entfremdung unmöglich nur vorübergehenden Charakter tragen konnte. Herr Dr. Wirth ist nach der Ansicht der Rechtsstehenden der Kanzler nach dem Herzen der Sozialdemokratie, ja sogar nach dem Herzen der Unabhängigen, und die Deutschnationalen sind der Überzeugung, daß die damit gegebene Linksorientierung unserer gesamten Politik dem deutschen Volke nachgerade teuer genug zu stehen gekommen ist.

Von der äußersten Rechten werden für ihre Haltung folgende Gründe angeführt: Die unbedingte Ergebenheit gegenüber den Anforderungen des Versailler Vertrages, der mit bürren Worten ausgesprochene Entschluß, im Innern nichts zu tun, was von seinen Freunden auf der Linken gemißbilligt werden könnte, mußte die äußerste Rechte bei aller Bereitwilligkeit, auch ihrerseits positiv an dem inneren Aufbau des Reiches mitzuwirken, in die unbedingte Opposition treiben. Daß sich seit der Konferenz von Cannes zum mindesten die Möglichkeit einer Erleichterung unserer auswärtigen Lage erschlossen hat, läßt man nicht als ein Verdienst des gegenwärtigen Reichskanzlers gelten. Auch ohne ihn hätten, nach Meinung der Deutschnationalen, die fremden Mächte einsehen müssen, daß es so wie bisher mit Deutschland nicht weitergehen könne. Und schließlich hätten die traurigen Erfahrungen der letzten Streitwoche das Haß zum Überlaufen gebracht; eine Regierung, die bei allem, was sie tut oder unterläßt, auf die Stimmung der Massen Rücksicht nehme, und die trotzdem von eben diesen Massen und den sie beherrschenden Parteien und Organisationen in eine so ungeheure kritische Lage gebracht werden könne, eine solche Regierung habe das Recht verwirkt, das Vertrauen des Volkes für sich in Anspruch zu nehmen, eine solche Regierung könne unmöglich auch im Auslande in dem Sinne als verhandlungsfähig anerkannt werden, wie sie es selbst für sich in Anspruch nimmt. Also reiner Lisch müsse gemacht werden, damit wir, bevor die Dinge noch tiefer dem Abgrund zugerollt seien, zu besseren Verhältnissen kommen. Nicht viel anders denkt und spricht die Deutsche Volkspartei: Gewiß, sie vermeidet nach Möglichkeit

überwachte Worte, sie verachtet sich nicht der Zwangsläufigkeit unserer Entwicklung, sie möchte vermitteln, soviel es geht, möchte auch mitarbeiten, das Staatsschiff wenigstens einigermaßen in mittlerem Fahrwasser zu halten. Sie war eben drauf und dran, durch die Zustimmung zur Zwangsanleihe der großen Koalition in den Sattel zu steigen — als durch sonderbare „Unstimmigkeiten“ an der leitenden Stelle ihr kaum gedämpftes Mißtrauen gegenüber den wahren Absichten des Kanzlers jäh wieder hervorbrach. Man kann diese mehr persönlich gefärbten Bedenken kleinlich finden; aber die Deutsche Volkspartei kann offenbar den Verdacht nicht los werden, daß Herr Wirth sich ihrer für seine Abhängigkeit von der Sozialdemokratie daran verhindert werde, aus dieser Mitwirkung der Deutschen Volkspartei diejenigen politischen Folgerungen zu ziehen, auf denen schließlich jede Partei von Ehr- und Selbstgefühl unweigerlich bestehen muß. Auf denen, in ähnlicher Lage, selbstverständlich auch die Sozialdemokraten stets bestanden haben. Die Deutsche Volkspartei sieht also gerade in der Persönlichkeit Dr. Wirths das eigentliche Hemmnis für eine durchgreifende Klärung unserer politischen Lage, und so ist sie in die Opposition gegangen — selbstverständlich mit dem Hintergedanken, von hier aus durch Anwendung der parlamentarischen Mittel, über die jede Opposition unter den heutigen Verhältnissen verfügt, unmittelbar zur Macht zu gelangen.

Daß sie dabei auf die — negative — Mitwirkung der äußersten Linken angewiesen ist, ist der schwächste Punkt in ihrer Kalkulation. Die Kommunisten kommen in der parlamentarischen Krisis dieser Tage nur sehr nebenhin in Betracht; warum sie gegen Wirth und seine Anhänger zu Felde ziehen, kann man sich ohnedies denken, und daß sie, wie auch immer die Dinge liegen mögen, gegen jede Regierung stimmen werden, der sie selbst nicht angehören, weiß man nicht erst seit heute und gestern. Schwieriger schon ist es, hinter die wahren Meinungen und Wünsche der Unabhängigen zu kommen. Sie dürfen sich nicht den Anschein geben, einer „arbeiterfeindlichen“ Regierung gegenüber Milde walten zu lassen, sie fühlen sich aber doch nicht so frei von jeder Verantwortlichkeit für den Gang der Ereignisse, wie ihre Brüder zur Linken. Dieses Gefühl der Verantwortlichkeit wird ihnen auch von rechts her, von der Mehrheitssozialdemokratie, dringend nahegelegt, und die Vorstellung, daß, wenn auch noch nicht heute, so doch vielleicht in absehbarer Zeit eine rein sozialistische Regierung auch im Reiche einmal zu haben sein werde, ist ihnen Grund genug, eine Opposition um jeden Preis doch bedenklich zu finden. Das wissen die Regierungsparteien, und darin ist für sie die Möglichkeit gegeben, beim Versagen der Deutschen Volkspartei sich einer Erweiterung der Regierungsbasis nach links hin zuzuwenden. Wozu man sich aber doch nur im alleräußersten Falle entschließen möchte, denn gegen ein intimeres Verhältnis mit den Unabhängigen haben die beiden bürgerlichen Parteien die schwersten Bedenken. Einmal auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik, die heutzutage doch wirklich nicht genug genommen werden kann, dann aber auch, gewiß durch die Streiterfahrungen der letzten Zeit, auf dem Gebiete der Beamtendisziplin und der Staatsautorität, wo man leicht ins Uferlose fällt, wenn nicht rechtzeitig halt gemacht wird. So erklärt sich der noch in zwölfter Stunde erneut unternommene Versuch der Demokraten, der viel bedenkten großen Koalition die Wege zu ebnen — man braucht sich vor einem Pakt mit den Unabhängigen, der vom Standpunkt der beiden bürgerlichen Regierungsparteien ungleich gefährlicher ist als ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei. Da aber die Mehrheitssozialdemokraten hier nein und abermals nein gesagt haben, bleibt nur noch die eine Entscheidung zwischen rechts und links übrig. So weit mußte es schließlich, allen Kompromissnaturen zum Trotz, einmal kommen.

Druck von innen und Druck von außen, das ist und bleibt das Kennzeichen unserer politischen Lage. Die einen wollen sich fügen, um dem Volke noch Schimmer zu ersparen, die andern wollen aufbegehren, um nicht immer noch tiefer in Elend und Willenslosigkeit zu versinken. Man sollte diesen wie jenen Motiven menschliches Verständnis nicht versagen — und das Urteil darüber, wo hier Recht, wo hier Unrecht zu finden ist, der Geschichte überlassen.

Die entscheidende Reichstagsitzung.

(Von unserm parlamentarischen Mitarbeiter).

ni. Berlin, 15. Februar.

Nachdem die heutige Sitzung unter ziemlichem Interesse und vor schwach besuchtem Hause begonnen hatte, füllten sich, als die Stunde der Abstimmung für oder gegen den Reichskanzler herannahte, Saal und Tribünen mehr und mehr. Einige Tribünen konnten kaum die Menge der erschienenen Besucher fassen. Endlich erklärte Präsident Loebe, daß die Beratung über das Reichsmietengesetz abgebrochen und man zu dem nächsten Punkte übergehen werde. Vorher aber trete eine Pause von zehn Minuten ein. Diese Pause wurde von mehreren Fraktionen benutzt, um nochmals Besprechungen abzuhalten.

Als die Sitzung wieder eröffnet wurde, war — jeder Platz im Saal wie auf den Tribünen besetzt. Die Minister erschienen, an ihrer Spitze der Reichskanzler, nur der Minister des Auswärtigen Dr. Rathenau fehlte. Der deutschnationale Abgeordnete Hergt richtete die Frage an den Reichskanzler, ob das von den Mehrheitsparteien eingebrachte Vertrauensvotum „der Reichstag billigt die Erklärungen der Reichsregierung“ dem entspreche, was der Reichskanzler fordere. Der Reichskanzler antwortete kurz, eine Reihe von Erklärungen schloß sich an.

Sitzungsbericht.

(170. Sitzung.)

CB. Berlin, 15. Februar.

Der Anfang der heutigen Verhandlungen verlief rein geschäftlich. Die demokratische Interpellation über den Verkehr von Waren aus dem besetzten ins unbefetzte Gebiet, die an der Spitze der Tagesordnung stand, soll, wie ein Regierungsvertreter mitteilte, in der geschäftsordnungsmäßigen Zeit beantwortet werden. Alsdann wurde die

zweite Lesung des Reichsmietengesetzes fortgesetzt.

Abg. Bahr (Dem.) erklärte, die Verschlechterung der Lage trage zur Verschlimmerung des Wohnungslebens erheblich bei. Es wird in Deutschland erst besser werden, wenn man zur Einsicht kommt, daß wir nicht mehr verbrauchen dürfen, als wir selbst erzeugen. In etwa zehn Jahren wird vielleicht ein Gleichgewicht zwischen Wohnungsbedarf und Wohnungsbau erzielt sein. Früher wird keinesfalls eine Besserung eintreten.

Abg. Jand (Bayer. Volksp.) bemerkte, das vorliegende Gesetz ist außerordentlich bürokratisch. Es ist undurchführbar. Alle Gesetze, die aus dem Reichsarbeitsministerium herauskommen, geben darauf aus, eine Unmenge von Beamten hier und da unterzubringen. Wenn diese Gesetzmacherei so weiter geht, so haben wir bald keine Arbeitslosen mehr in Deutschland.

Nach Abbruch der Besprechungen über das Reichsmietengesetz sollten die Abstimmungen

für oder gegen den Kanzler

beginnen. Der Kanzler Dr. Wirth war mittlerweile am Regierungstisch erschienen, mit ihm das gesamte Kabinett, außer Dr. Rathenau.

Abg. Hergt (Deutschn.) richtete an den Reichskanzler die Frage, ob das von den Mehrheitsparteien eingebrachte Vertrauensvotum: „Der Reichstag billigt die Erklärungen der Reichsregierung“ dem positiven Vertrauensvotum entspreche, das er, der Reichskanzler, verlangt habe, ob diese Erklärung „Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung“ diejenige Klarheit schaffe, auf die der Reichskanzler gedrungen habe.

Abg. Crispian (U.-Soz.) führte in längerer Rede aus, daß die Erklärung der Reichsregierung sich auf die Streikfrage bezogen hätte und daß es sich bei diesen Streikfragen um eine Verletzung der Grundrechte der Arbeiter und Beamten gehandelt habe. Weiter ging der Redner auf die Maßregelungen ein, die gegen die Arbeiter, Angestellten und Beamten der Eisenbahn vorgenommen oder eingeleitet worden sind. Er verlangte eine Nachprüfung der Maßregelungen, eine Aufhebung der Abhängigkeiten und verschiedene andere. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß wir für die Erklärung der Mehrheitsparteien, die sich auf die Behandlung des Streiks beziehen, nicht stimmen können.

Reichskanzler Dr. Wirth

nahm nun das Wort und beschränkte sich auf eine kurze Erklärung. Er betonte, daß das Vertrauensvotum der Mehrheitsparteien „Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung“ sich auf alle Erklärungen der Regierung beziehe, und daß bei diesen Erklärungen besondere Rücksicht auf die auswärtige Politik genommen werden müsse, die gegenwärtig die Hauptrolle spiele.

Reichsverkehrsminister Groener wurde von der äußersten Linken mit Zurufen „Hundstot!“ empfangen. Der Rufen war der Abg. Hoffmann (Komm.). Er erhielt dafür einen Ordnungsruf. Der Minister beschränkte sich auf eine kurze Erklärung über die Absicht seiner Maßnahmen gegen die Streikenden. Nichtführende im Streik würden in ihre bisherigen Rechte eingesetzt. Mitläufer würden nicht bestraft.

Abg. Dr. Petersen (Dem.) gab eine Erklärung ab, wonach die Demokratische Volkspartei es ablehne, ihre Stellung durch halboffene Kombinationen beeinflussen zu lassen. Sie hält es für Pflicht der Partei, sich an die Erklärung der Regierungsvertreter im Parlament zu halten.

Abg. Roenen (Komm.) begründete die ablehnende Haltung der äußersten Linken.

Abg. Dittmann (U.-Soz.) wandte sich gegen die Erklärungen des Reichsverkehrsministers.

Abg. Leicht (Bayer. Volksp.) betonte, daß seine Partei keines der vorliegenden Voten billigen könne, und daß sie daher sich der Stimme enthalten werde.

Abg. Marx (Zentr.) betonte, daß seine Partei dem Vertrauensvotum der Mehrheitsparteien zustimme, und wies auf die ungemaine Bedeutung der bevorstehenden Abstimmung namentlich in außenpolitischer Hinsicht hin. Damit war die Auseinandersetzung beendet und es begann die Abstimmung. Sie ergab die Annahme des Vertrauensvotums für den Kanzler.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Ein neues Beamtenrecht.

Der Bayerische Beamtenbund hat den zuständigen Regierungsstellen eine Denkschrift überreicht, in der die sofortige Schaffung eines modernen Beamtenrechts sowie einer Beamtenvertretung mit der Eigenschaft einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft mit Gesetzesinitiative gefordert wird.

Krafft in Berlin.

Große Aufmerksamkeit erregt in Berlin der Besuch des russischen Sowjet-Unterhändlers Krafft, der in London soeben mit Lloyd George verhandelte. Dabei soll es sich um die Bildung eines Syndikats zum Wiederaufbau Sowjet-Russlands gehandelt haben. In England soll man Krafft viel entgegenkommen gezeigt haben. Im Verfolg dieser Londoner Verhandlungen wird Krafft in Berlin Konferenzen mit deutschen Politikern und Finanzleuten abhalten. Gleichzeitig mit Krafft trifft der Vorsitzende des Allrussischen Zentralgenossenschaftsverbandes Schtschukin in Berlin ein.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Mit Rücksicht auf die Erhöhung des Brotpreises und die allgemeine Steigerung der Lebenshaltungskosten hat der Reichsarbeitsminister sich in einem Rundschreiben an die Regierungen der Länder damit einverstanden erklärt, daß die Unterstützungssätze für die Erwerbslosen und ihre Angehörigen um durchschnittlich 25 Prozent erhöht werden.

für die jugendlichen Bedigen um durchschnittlich 15 Prozent. Die Regierungen der Länder werden die erforderlichen Anweisungen an die Gemeinden unverzüglich ergehen lassen.

Verhaftung von Deutschen in Düsseldorf.

Infolge einer Anfrage im Preussischen Landtag erklärte der preussische Minister des Innern, daß von der französischen Besatzung in Düsseldorf 29 Personen im Alter von 16 bis 41 Jahren in Düsseldorf in Haft gehalten werden unter der Anschuldigung der Aufwiegelung oder der Beihilfe zur Aufwiegelung der Bürger und Einwohner, sich zu bewaffnen, sowie der Gefährdung der Sicherheit der Besatzungsgruppen. Ferner ist angegeben worden, daß die Verhafteten im Besitz von Waffen und Munition gewesen seien. Die Verhandlung vor dem französischen Kriegsgericht soll demnächst beginnen. Die deutschen Behörden würden alle möglichen und gebotenen Schritte im Interesse der Verhafteten unternehmen.

Erzbergers Mörder in Budapest?

Die Vossische Zeitung hat von einer Seite, die sie als vertrauenswürdig bezeichnet, die Meldung empfangen, daß die beiden Mörder Erzbergers, Schulz und Lillien, in Budapest eingetroffen sind, wo sie sich insbesondere des Schutzes der „erwachenden Ungarn“ erfreuen sollen. Die Identität beider Persönlichkeiten scheint außer jedem Zweifel zu stehen. In Budapest sei ihre Anwesenheit ein offenes Geheimnis. — Das Blatt verlangt Klarstellung des Sachverhalts von den Behörden.

Die Kriegsschuldfrage im englischen Unterhaus.

Der Generalsanktionsanwalt antwortete im englischen Unterhaus auf eine Frage über die sogenannten deutschen Kriegsschuldigen, daß jede neue Maßnahme gegenüber diesen Kriegsschuldigen und besonders die Auslieferung eines oder mehrerer solcher Kriegsschuldigen an die Entente der Prüfung der alliierten Regierungen unterbreitet werden müsse. Damit soll offenbar der Standpunkt der englischen Regierung dahin umrissen werden, daß ein Begehren um Auslieferung eines oder mehrerer sogenannten deutscher Kriegsschuldigen nicht von einer einzelnen Entente macht ausgehen kann.

Hergt über die deutsche Volksgemeinschaft.

Der bekannte deutsch-nationale Parteiführer Abg. Hergt erklärte in einem Vortrag in Potsdam, die große Streitfrage sei, ob Koalition und Taktik, oder ob ideenmäßiger Ausblick der geeignete Weg sei, die Kluft zu schließen, die sich zwischen den einzelnen Volksschichten aufgetan habe. Man habe es mit der Koalition versucht, aber die Koalitionsparteien fanden keinen gemeinsamen Gedanken, kein gemeinsames Ziel. Die Koalition könne gewiß auch einmal zu einer großen verbrüdernden Idee werden, z. B. die große Koalition der Abwehr feindlicher Willkür. Sie sei aber nicht zustande gekommen. „Wir glauben“, so sagt Hergt, „daß zum Schließen der Kluft ein großes Opfer aller hinter uns stehenden Bevölkerungsfreie erforderlich ist.“

Frankreich.

× Der Ersatz für die Mobilisierung gegen Deutschland. Der Finanzausschuß der franz. Kammer hatte sich mit den Kosten der Mobilisierung der Reserveklasse 1919 im Mai v. J. zu befassen. Die Mobilisierung erfolgte, um einen Druck auf die deutsche Regierung auszuüben, damit sie das Ultimatum vom 10. Mai 1921 annähme. Die Kosten für diese Mobilisierung betragen 190 Millionen Franken. Die französische Regierung hatte die Absicht, diese Ausgaben von Deutschland tragen zu lassen. Einige Alliierten erhoben aber dagegen Widerspruch und erklärten, Frankreich müsse die Kosten einer Maßregel, die es allein beschlossen habe, auch allein tragen. Der Finanzausschuß hat aber dieser Maßnahme noch nicht zugestimmt.

Polen.

× Der Plan über die Festsitzung der Juden-Entschädigung in den ehemals russischen Landesteilen, die durch den Rigaer Vertrag an Polen gefallen sind, soll durch Einbringung eines dahingehenden Gesetzesentwurfes verwirklicht werden, unter Hinweis darauf, daß derartige Sonderbeschränkungen mit dem Geist und dem Wortlaut der polnischen Verfassung unvereinbar sind. Die Vorlage ist bereits dem Landtagsmarschall zugegangen zur Beratung im Landtag.

Nordamerika.

× Praktische Abrüstung. Vor dem Marineausschuß des Repräsentantenhauses trat MarineSekretär Denby für eine

Die Siegerin.

Roman von Hans Schulze-Sorau.

„Sie bedeutet viel! seinen Ruin“, warf der Versicherungsdirektor ein, der als dahin das unruhige Hin und Her oder unablässige Kommen und Gehen des Cafes als ein humoristischer Zuschauer aufmerksam beobachtet hatte.

„Seinen Ruin?“ fragten die drei Herren wie aus einem Munde.

Der Direktor zuckte die Achseln.

„Das ist natürlich nur eine Vermutung von mir! Jedenfalls aber hat sich Hausmann mit seiner Fabrik sehr stark engagiert! Ich kenne die Verhältnisse zufällig ganz genau, weil ich mit ihm seit längerer Zeit wegen der Feuerversicherungsabschlüsse in Verbindung stehe!“

Er räusperte sich umständlich und tat ein paar nachdenkliche Züge aus seiner Zigarre.

„Sehen Sie, meine Herren“, fuhr er dann, seine Stimme dämpfend, bedächtig fort, „seit dem Erdbeben in San Francisco, bei dem ein Riesenbrand in drei Tagen das gesamte Geschäftsviertel und viele Tausend Wohnhäuser verzehrte, sind wir Feuerversicherungen sehr vorsichtig geworden! Nun hat Hausmann im Frühjahr dieses Jahres mit einem Versicherungsvertrag an uns heran, der ein industrielles Unternehmen als Versicherungsobjekt nannte, das wohl zu dem feuergefährlichsten gehört, was es auf der Welt gibt, nämlich mit einer Sprengstofffabrik. Hausmann hatte diese Fabrik vor einigen Jahren unter sehr günstigen Bedingungen aus der Erbschaftsmasse eines belgischen Kohlenbarons erworben, dessen Erben er damit die Erbteilung wesentlich erleichterte; ich glaube, er hat den ganzen Fabrikkomplex damals unter der Hand zur Hälfte des tatsächlichen Wertes erhalten. Selbstverständlich lag Hausmann nichts daran, im Rheinland den großen Brauherren zu spielen; das vertrat sich schon allein aus Gründen der räumlichen Entfernung nicht mit seinem belgischen Bankgeschäft! Für ihn war die Fabrik lediglich ein Spekulationsobjekt! Von vornherein ging nämlich seine Absicht dahin, das Etablissement so bald wie möglich in eine Aktiengesellschaft zu verwandeln, sein Einlagekapital mit einem voraussichtlich nach Millionen klingenden Gewinn aus dem Unternehmen wieder herauszuziehen und sich dann zur Ruhe zu setzen! Da hat ihm nun das Schicksal einen unerwarteten Strich durch die Rechnung gemacht!“

Herabsetzung des Effektivbestandes der amerikanischen Kriegsmarine im nächsten Etatsjahre von 100 000 auf 90 000 Seelen ein. Die Zahl der Schiffszugungen, 6000, soll beibehalten bleiben. Ferner empfahl er, über 100 Torpedobootzerstörer aus dem Dienst zurückzuziehen. Diese Vorschläge würden eine jährliche Ersparnis von 70 Millionen Dollar bedeuten.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Unterausschuß des Beamtenausschusses des Reichstages beschloß über das Existenzminimum und die geltende Gehalts- und Lohnskala mit Vertretern der Gewerkschaften und des Städtetages unter Hinzuziehung weiterer Sachverständiger zu verhandeln.

München. Die deutschen Kardinalen, die in Rom zur Papstwahl waren, sind hier eingetroffen. Sie bringen einen vom Papst gestifteten Fonds zu Wohltätigkeitszwecken mit.

Wien. Nach einer parlamentarischen Korrespondenz werden gegenwärtig Vorarbeiten für den Übergang der österreichischen Wehrmacht zum Milizsystem getroffen.

London. Im Unterhaus gab Lloyd George bekannt, die Heimkehr der englischen Truppen aus Oberschlesien werde Ende April erfolgen.

London. In Belfast kam es zu neuen Schießereien. In eine Schar Kinder wurden drei Bomben geworfen. Zwei Kinder wurden getötet, andere mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Drei liegen im Sterben.

London. „Daily Mail“ berichtet aus Madras, die Lage sei so bedrohlich, daß alle Europäer in Madras für den Polizeidienst herangezogen und mit Gewehren bewaffnet würden.

Moskau. Bis zum 1. Februar sind aus den Hungergebieten gegen 62 000 Kinder abtransportiert worden; etwa 80 000 hatten noch des Abtransportes. Im ganzen waren 338 650 zum Abtransport angemeldet, die anderen sind gestorben.

Moskau. Die Sowjetdelegation bei der Genueser Konferenz erhielt von der Regierung die Befehle, dort eine Entschädigung für die durch die Ententeblockade verursachten Verluste Rußlands zu fordern.

Preussischer Landtag.

(18. Sitzung.) 4. Berlin, 15. Februar. In der Fortsetzung der Beratung der Anträge über die Finanznot der Gemeinden stimmt Abg. v. Eynern (D. Wp.) dem sozialdemokratischen Antrag auf sofortige Auszahlung des Anteils der Reichseinkommensteuer grundsätzlich zu, hält aber eine Prüfung der Einzelheiten in einem Ausschuss für notwendig. Die Notlage der Gemeinden könne nicht von heute auf morgen durch das Landessteuergesetz behoben werden. Ein Regierungsvorsteher hält den jetzigen Zeitpunkt zur Besprechung der Anträge für besonders glücklich, weil der Entwurf des Landessteuergesetzes demnächst zur Verabschiedung kommen werde. Mit dem System der verschiedenenartigen Reichszuschüsse zu den verschiedenen sozialen Einrichtungen der Gemeinden müsse ein Ende gemacht werden. Der Landesregierung seien aber die Hände durch das Reich gebunden.

Abg. Dr. Wehl (U. Wp.) betont, daß in der Lage über das Gend der Gemeinden eine Einheitsfront von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken bestehe. Viele Gemeinden ständen eigentlich schon im Bankrott. Abg. Goll (D.) befürwortet ein von seinen Freunden beantragtes Notgesetz, wonach die Gemeinden berechtigt sein sollen, bis zur endgültigen Veranlagung der wiederkehrenden Gemeindesteuern und Kanalisationsgebühren die für das Vorjahr erhobenen Abgabebeträge von dem Steuerpflichtigen vorläufig weiter einzuziehen. Abg. König-Weissenfels (Komm.) sieht die Ursache der Finanznot der Gemeinden in der Mißwirtschaft, die während des Krieges getrieben worden sei.

Rußlands kommende Entwicklung.

Eine Unterredung mit Krassin. Der russische Sowjetvertreter Krassin hat sich von London nach Berlin begeben, wo er wichtige Unterredungen mit politischen Persönlichkeiten und Leuten des Wirtschaftslebens haben soll. Vor seiner Abreise von London hatte Krassin eine Unterredung mit dem Berliner Vertreter des Pariser Blattes „Matin“, der dem Russen entgegengegriffen war.

Der Vertreter des jetzigen Rußlands sagte dabei, man ginge von einer falschen Voraussetzung aus, wenn man glaube, die russische Revolution sei nur von einer kleinen Gruppe gemacht worden. Sie sei das Werk eines großen, niedergedrückten Volkes, dessen Entwicklung um Jahrhunderte zurückgeschraubt gewesen war. Die Bauern und Soldaten seien die Urheber der ersten Bewegung im Oktober 1917 gewesen. Die Führer hätten geglaubt, daß die anderen Länder dem Beispiel Rußlands folgen würden. Als man gesehen habe, daß dem nicht so sei, sei der Zweifel aufgetaucht, ob ein sozialistisches Rußland in einem kapitalistisch gebildeten Europa bestehen könne. Das kapitalistische Europa habe Widerstand geleistet und die Angriffe abgelehnt. Trotz seiner Not werde Ruß-

Der alte Herr hielt wieder inne und sah zu den Holzintarsien der getäfelten Decke empor, die eine weißfarbene Wolke von Tabaksqualm gleichmäßig verschleierte.

„Und Sie halten den Kommerzianten durch diese Katastrophe wirklich ruiniert, Herr Doktor?“ nahm Kurt nach längerer Pause zögernd das Wort.

„Das will ich keineswegs als Tatsache hinstellen!“ war die ausweichende Antwort. „Ich kann nur wiederholen, daß der Kommerziant den größten Teil seines Vermögens in der Fabrik festgelegt hat! Der Kaufpreis war ja trotz der günstigen Konjunktur noch immer ein sehr beträchtlicher, er betrug etwa vier bis fünf Millionen Mark, während sich der Wert des Fabriketabliaments unter Hausmanns Leitung ungefähr um das Doppelte erhöht haben dürfte. Auf der Basis dieser Schätzung sollte auch die Gründung der Aktiengesellschaft erfolgen, mit der Hausmann seine kaufmännische Glanzleistung krönen wollte. Bevor jedoch das Privatkapital für das Hausmannsche Projekt interessiert werden konnte, mußte dem so eminent feuergefährlichen Unternehmen ein unantastbar reeller Hintergrund geschaffen werden. Unter Ausbeutung seines ganzen diplomatischen Geschicks war es dem Kommerzianten im Anfang dieses Monats gelungen, eine Reihe unserer bedeutendsten Versicherungsgesellschaften für seine weitreichenden Pläne zu interessieren: Morgen mittags sollten die Generalkontrakte in seinem Kontor vollzogen werden, da ist die glänzende Spekulation wie ein Kartenhaus in sich zusammengebrochen! Wäre die Katastrophe vierundzwanzig Stunden später erfolgt, so hätten unsere Gesellschaften Luten müssen. Was dem einen fin Uhl, ist dem andern fin Nachtigall!“

Damit leerte er sein Pilsener und winkte den Zahlkellner heran.

Die Herren erhoben sich und traten wieder auf die Friedrichstraße hinaus.

Trotz der schon weit vorgeschrittenen Nachtstunde herrschte auf der lichtdurchfluteten, riesigen Straßenspitze, die der Pulsschlag der Weltstadt atemlos, ohne Pause durchhastet, noch immer ein reges Leben.

Zuweilen standen die Freunde auf dem schmalen Trottoir wie eingeleitet, daß sie nur ganz langsam vorwärts kamen, dann wieder umfaßte sie die schwankende Bewegung der drängenden, schließenden, rastlos eilenden Menge wie ein einziger wellender Strom und trug sie im Fluge über zwei, drei Straßenenden.

land nicht untergehe. Sobald wir einsahen, daß wir das, was wir erstreben, nicht fertig brachten, haben wir unsere Institutionen geändert.

Weiter erklärte Krassin, wenn die Beziehungen zwischen Rußland und den fremden Ländern in wirtschaftlicher Hinsicht wieder regulär geworden seien, könne man die sozialistische Methode in gewissen Gebieten abschaffen. In einer belagerten Festung könne das Gesetz nicht normal sein. So habe der sozialistische Staat Organe schaffen müssen, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Man habe mit Dekreten regiert! Das sei in Frankreich während der Revolution genau so gewesen. Fünfzehn Jahre waren damals verlossen, ehe der Code Napoleon geschaffen worden sei. Die Sowjets hofften rascher zum Ziele zu gelangen. Schließlich erklärte Krassin, daß keine Schwierigkeiten sich bei der Ausführung der Verträge ergeben hätten, die mit ausländischen Veräußerern abgeschlossen worden seien.

Krassin meinte weiter, offenbar, um dem französischen Pressemann einige Artikelchen zu sagen, Rußland wolle Frieden mit der ganzen Welt, aber ohne Frankreich werde es diesen Frieden nicht finden. (Selbstverständlich nicht!) Später hoffe man auf die besten Beziehungen. Selbst wenn die französische Regierung und die französische Kammer Rußland feindlich gesinnt bleiben würden, sei man überzeugt, die gute Freundschaft wieder zu finden, trotzdem man in den letzten Jahren durch Frankreich so gramjam zu leiden gehabt habe.

Bismarcks unfreiwilliger Rücktritt.

Neue Zeugnisse eines Zeitgenossen.

So oft und viel schon über die Entlassung des Reichskanzlers Bismarck berichtet worden ist, so werden alle neuen Zeugnisse aus jenen kritischen und verhängnisvollen Tagen immer wieder größte Anteilnahme finden, weil eben damals eine politische Linie sich anknüpfte, die direkt bis in unsere Tage hineinleitet. So findet sich in den Berichten des sächsischen Gesandten in Berlin, Graf Hohenhausen und Bergen, die demnächst veröffentlicht werden sollen, folgende anschauliche Schilderung eines Besuches bei Bismarck unmittelbar nach seiner Entlassung:

„Fürst Bismarck sagte mir sofort bei meinem Eintritt, er müsse der Legende entgegengetreten, als ob sein Auscheiden aus dem Dienste ein freiwilliges gewesen wäre. Er verlasse seinen Posten gerade im gegenwärtigen Augenblick sehr ungerne, denn wenn es schon ohnehin für einen alten Mann schwer sei, sich an ein neues Leben zu gewöhnen, so komme bei ihm hinzu, daß ein Teil seiner Freunde, zu denen er z. B. den Kaiser von Österreich zu rechnen sich gestatte, ihm über sein Auscheiden vorwurfsvoll mache, ja daselbst sogar so auslegte, als habe er die Plüte in das Korn geworfen. Er wünsche dringend, daß es bekannt würde, daß er wider seinen Willen entlassen worden sei. Allerdings habe er ein Abschiedsgesuch eingereicht, er sei aber hierzu durch fortgesetzte Nachdränge von seinen allernachgiebigsten Herrn gezwungen worden.“

Hohenhaus' Gesamteindruck von der Unterredung war, daß Bismarck „vollständig verbittert“ sei. Damit bestätigt der damalige sächsische Gesandte im wesentlichen die bisher bekannt gewordenen Zeugnisse, die über eine der tragischen Wendungen der deutschen Geschichte Aufschluß geben.

Totales und Provinzielles.

Salver, den 17. Februar 1922

□ Die Not der Zeitungen wächst sich allmählich zu einer öffentlichen Gefahr aus, die jeden Augenblick zur Katastrophe nicht allein für den Fortbestand der Zeitungen, sondern für unser ganzes politisches und wirtschaftliches Leben werden kann. Neben der Steigerung der Arbeitslöhne wachsen die Preise für die notwendigen Materialien ins Ungeheure. Ramentlich sind es die Papierpreise, von denen man bis jetzt geglaubt hat, daß sie eine Steigerung nicht mehr ertragen könnten, die aber dennoch weiter in die Höhe gehen sollen. Während das Zeitungsdruckpapier in Friedenszeiten das kilo 20 bis 21 Pfennige kostete, zahlt man jetzt bereits 7,30 Mark pro kilo. Demnächst soll der Papierpreis um eine weitere Mark steigen, und zum April rechnen eingeweihte Kreise mit einem Papierpreis von 11 bis 12 Mark, also das Sechsfache. Daß bei einem solchen Stand der Dinge viele Zeitungsbetriebe schon auf der Strecke geblieben sind, ist ohne weiteres verständlich, ebenso, daß die bisher mühsam existenzfähig gebliebenen das gleiche Schicksal droht. In dieser unaussprechlichen Vernichtung eines Kulturfaktors und einer Notwendigkeit im Staatsleben liegt aber, wie gesagt, eine solche Gefahr für das Gemeinwesen, daß die zuständigen Behörden le eber; je besser an Abhilfe denken müssen.

Erst jenseits der Weidendammer Brücke flaute der Verkehr etwas ab, und dann auf der halbdunklen Uferstraße des Schiffbauerdammes wurde es ganz still und einsam.

Zur Linken wälzte die Spree ihre trüben Fluten träge vorbei und warf das Flackerlicht der spärlichen Laternen in gelblichen Reflexen zurück.

Wie ein ungeheurer schwarzer Schatten schwebte die Kuppel des Reichstagsgebäudes in der ungewissen Verunsicherung aller festen Linien über dem gigantischen Würfel des Unterbaues, der mit den großen Geschleichen der Regennebel in ein undurchdringliches, formloses Düstern zusammenfloß.

„Am liebsten lief ich noch einmal durch den nächtlichen Tiergarten!“ sagte Kurt endlich, über den dunklen Spiegel der Spree weisend. „Mir graut förmlich vor dem Gedanken, jetzt in meine öde Studentenbude zurückkehren zu müssen!“

Der Leutnant pfiff leise vor sich hin.

„Es ist eine Tränawelt, Kurt! Was wird aus der Familie Hausmann, wenn die Herrlichkeit in der Regentienstraße tatsächlich zusammenbricht?“

„Lotte ist ein fluges, energisches Mädchen!“ war die Antwort. „Um sie ist mir nicht bange, sie wird ihren Weg schon zu gehen wissen; auch bin ich ihr ja schließlich zur Seite. Wenn der Fall nicht aus anderen Gründen so schrecklich traurig läge, freute ich mich beinahe, daß ich auf einmal in die Lage gekommen bin, Lotte die Echtheit und den Bestand meiner Liebe praktisch beweisen zu können.“

„Kurt, du bist wirklich ein unverbeßlicher Optimist.“

Schmettau war stehen geblieben und musterte seinen Begleiter kopfschüttelnd von oben bis unten.

„Weiß der Mensch kaum, wo er in den nächsten Tagen sein Saup niederlegen soll, und triumphiert womöglich noch, daß sein reicher Schwiegervater im Begriff ist, bankrott zu machen!“

Doch Scherz beiseite! fuhr er dann ernster werdend fort. „Mir ist das Unglück bei Hausmanns gleichfalls sehr nahe gegangen! Denn ich habe bei der langatmigen Rede des Unglücksdraben von Versicherungsdirektor heimlich eine stille Hoffnung zu Grabe getragen! Warum soll ich vor dir dank zurückstellen, Kurt! Du weißt ja, wie es seit einigen Wochen zwischen mir und Rätche Hausmann steht! Morgen wollten wir uns den Eltern eröffnen! Das ist nun vorbei! Der kurze Traum unseres Glückes ist nun zu Ende!“

(Fortsetzung folgt.)

Eingeländl.

(Ohne Verantwortung für die Redaktion).

Halver 16. Februar.

Zu dem Lichtbilder-Vortrag „Die Abstammung des Menschen“ den am 15. Februar auf Veranlassung des proletarischen Freidenker-Vereins Halver Herr Gottschalk aus Dresden hielt, möchte ich auch in der Öffentlichkeit einige Worte sagen, da die in diesem Vortrage angeführten Thesen von so weit tragender Bedeutung sind, daß sie allgemeine Beachtung verdienen. Ich will kurz die Hauptpunkte des Vortrages aufzählen, um dieselben dann weiter unten im einzelnen zu behandeln. — Herr G. behauptet:

1. Der Mensch habe sich in langsamer Entwicklung im Laufe der Jahrmillionen aus niederen Anfängen emporentwickelt.

2. Diese wissenschaftliche Tatsache stehe in krassem Gegensatz zum Christentum und zur Kirche. Im Anschluß daran greift er die Familie an.

3. Die Lehre des Christentums, vor allen Dingen die Lehren der Kirche sollen nach ihm dazu dienen, die Mehrheit des Volkes „dumm“ zu halten und damit dem „Kapitalismus“ und der Staatsregierung Handlangerdienste zu leisten.

4. Die Menschen, insbesondere das Proletariat müßten mehr Ruhe haben, um sich in dieser freien Zeit zu bilden; denn, so sagt Herr G., die Menschheit soll den kulturellen Fortschritt den Mußestunden verdanken und nicht der Arbeit!

Ich komme nun zu den einzelnen Behauptungen.

Zu 1. führte Herr G. eine ganze Reihe von wissenschaftlichen Tatsachen an, die allerdings von solchen Mengen unwissenschaftlicher Schlagworte und Behauptungen durchsetzt waren, daß meiner Meinung nach dem Herrn Redner der klare Nachweis dieses Satzes, dessen Richtigkeit ich nicht anzweifeln, keineswegs gelang. Vor allen Dingen wäre es dem Herrn G. von Nutzen, wenn er die Mußestunden, die er so über alle Maßen pries, dazu ausnützen würde, um die in dieses Gebiet schlagenden Wissenschaften ausgiebiger zu studieren, als dies bislang der Fall gewesen zu sein scheint. Er würde dann vor allen Dingen lernen, die wissenschaftlichen Ausdrücke nicht so zu verdrehen und dieselben richtig anzuwenden. Ferner würde er aller Voraussicht nach nicht mehr den Beginn des ersten tierischen Lebens auf der Erde in die Steinkohlenzeit verlegen, wo doch das pflanzliche Leben nach seiner Ansicht schon hoch organisiert war. Er würde auch zu einer weniger haarsträubenden Erklärung der Entstehung der Steinkohlen kommen.

Bei der Beschreibung des Bildes „Urdarmtiere“ würde er dann auch wohl nicht mehr die Erklärung umdrehen und die „gastrula“ als Vorform der „blastula“ bezeichnen, sondern umgekehrt. Ich könnte Seiten füllen mit derartig ungereimten und unwissenschaftlichem Zeug, aber das ist schließlich unnütz.

In ihrer Wirkung viel verhängnisvoller und völlig unwahr ist die zweite Behauptung, daß das Christentum im direkten Gegensatz zur Wissenschaft stehe. Mir wollte es scheinen, als ob Herr G. unter Christentum die Schöpfungsgeschichte verstände; denn als er den Beweis für die Unrichtigkeit dieser harmlosen Geschichte erbracht hatte, glaubte er, auch läßt behaupten zu dürfen, daß das ganze Christentum mitamt den Kirchen, die es vertreten, nichts lauge. Man solle den Kindern die

Lehre fern halten. Meiner Meinung nach hat die „Schöpfungsgeschichte“ eine einfache Erklärung darin, daß sich unsere Vorfahren mit ihrem primitiven Verstande, daß sie umgebende All mit seinen rätselhaften Vorgängen zu erklären suchten. Die Erklärung ist, entsprechend dem niedrigen Stande der damaligen Erkenntnis, kindlich ausgefallen und sie ist meiner Meinung nach für die Kinder die sinnfälligste Erklärung der vorzeitlichen Vorgänge. Ich möchte die fragenden Kinder-Augen sehen bei der wissenschaftlichen Erklärung des Weltalls. Gar nichts würde das Kind von diesen Gedankengängen verstehen. Abgesehen von dieser Nebensächlichkeit, die den Kernpunkt des Christentums und der Kirche ja gar nicht berührt und über die man denken mag, wie man will, soll man doch nicht um solcher Nichtigkeiten willen die ganze christliche Lehre und die sie vertretenden Kirchen verurteilen. Der eigentliche Kernpunkt ist und bleibt doch die unbedingte, selbstlose Nächstenliebe und die Gleichberechtigung aller Menschen. Diese beiden wichtigen Kernpunkte wurden leider von dem Herrn Redner bei der Behandlung des Christentums völlig unbeachtet gelassen und auch dann noch als Luft behandelt, als ich bei der Aussprache darauf hinwies.

Der Herr Redner griff dann auch noch die Familie an, allerdings, ohne dafür überhaupt einen Grund anzuführen. Er behauptete frant und frei, daß die Familie künstlich nicht natürlich sei, denn erst habe man die Clan-Wirtschaft gekannt und aus dieser habe sich erst unter dem Christentum die Familie entwickelt. An diese Behauptung von der unberechtigten Entstehung der Familie knüpfte sich wörtlich der Satz an: „und nun fing das Elend an, nun wurde einer des anderen Teufel“. Es gehört schon entweder große Unwissenheit oder viel böser Wille zu diesen Behauptungen, denn der Clan (die Gemeinschaft des erweiterten Familienlebens) entstand doch erst dadurch, daß die Familienglieder verschiedener Generationen zusammen wohnen blieben. Ueber den zweiten Punkt ein Wort zu verlieren, würde lächerlich sein. Das Christentum und seine Lehren halten nun unbeschadet der Gleichberechtigung aller Menschen aber auch die Einordnung jedes Einzelnen in das Große und Ganze für unbedingt erforderlich um Gedeihliches zu schaffen. Diese Tatsache nun benutzt der Herr Redner zum Ausgangspunkt und zur schmeißen Begründung für seine geradezu haarsträubende Behauptung. Nr. 3, daß die Lehre des Christentums und der Kirche dazu diene, den „Kapitalismus“ und den Staat bei ihrer „Auslaugerei“ dadurch zu helfen, daß das Volk dumm gehalten werde. (Bei dem Staat mußte die Steuer herhalten, um das „Auslaugen des Proletariats zu argumentieren).

Ich bin Kaufmann und weiß gewiß, daß ich auch von der Mehrzahl der Hörer des Vortrages unter die so arg verrufenen Kapitalisten gerechnet werde. Nun, wenn schon, dann möchte ich dem Herrn Redner sagen, daß ich lieber mit Leuten arbeite, die klug und verständig sind, die ein eigenes Urteil haben, als mit dummen Leuten, die ohne Überlegung das nachreden, was ihnen vorgeredet wird. Jeder denkende Arbeiter wird meinem Streben mehr Verständnis entgegenbringen, als ein Mittläufer ohne Meinung. Denn wenn die Kirche die ganze Menschheit dumm hielte, täte mir diese also einen schlechten Dienst und ich dürfte sie nicht in Schutz nehmen, sondern ich müßte sie bekämpfen! Nun zu Punkt 4, dem Irrtum der freien Zeit.

Ich teile des Redners Ansicht, daß die großen Fortschritte der Menschheit dann erzielt würden, wenn es ihr am besten ging, nicht. Nein, nur zur Zeit intensiver Arbeit sind wirkliche Fortschritte entstanden. Ich bin sicher der Letzte, der nicht jedem, auch dem Arbeiter, freie Zeit gönnt zur Erholung, aber ich bin doch der Meinung, daß bei der heutigen 8 stündigen Arbeitszeit jeder soviel Muße hat, daß er sich darin erholen, und noch ein gut Teil weiterbilden kann. Wenn der Herr Redner nun die geringe Bildung der Mehrzahl der Arbeiter beklagt, so darf er dafür keinesfalls den Mangel an freier Zeit verantwortlich machen, sondern den Mangel an Drang zur Bildung.

Ich kann nur den Wunsch des Herrn Redners unterstreichen, daß sich jeder in seiner freien Zeit mit wissenschaftlichen und anderen Fragen beschäftigt, aber ich möchte jeden, der diese Anregung schon befolgt oder noch befolgen wird, davor warnen, in diesen schwerwiegenden Fragen zu einem vorschnellen Entschlusse zu kommen. Halbverstandene Sätze und Gedanken stiften unheilvolle Wirkungen für den Betreffenden selbst und für seine Umgebung. Man soll erst dann sagen, daß dieses oder jenes so und so sei, wenn man all die verschiedenen Ansichten über den betreffenden Punkt (und deren gibt es meist recht viele) gehört, verglichen und gegeneinander abgewogen hat. Wenn jeder in diesem Sinne seine Mußestunden dazu nutzen würde, sachlich und ernsthaft zu forschen und sich zu bilden, dann würden die Betreffenden und die Allgemeinheit einen ungeheuren Gewinn davon haben. A. J.

Turnen, Spiel und Sport.

Halver, 17. Febr. 22.

Am kommenden Sonntag, den 19. d. Mts. wird die 1. Mannschaft des Spiel- und Sport-Vereins Halver 1911 gegen die 1. Mannschaft des Turn- und Spiel-Vereins Lüdenscheid „Höf“ das erste diesjährige Meisterschaftsspiel austragen. Auf das Ergebnis ist jeder Sportler interessiert.

Patentbericht

mitgeteilt vom patent- und techn. Büro Konrad Röhling, Hagen i. W., Elberfelderstr. 34, Fernsprecher 3436.

a) **Gebrauchsmuster:** Lüdenscheider Metallwerke, A.-G. vorm. Julius Fischer & Basse, Lüdenscheid. — Anschließkuppelung für elektrische Heizkörper. — Lüdenscheider Metallwerke, A.-G. vorm. Julius Fischer & Basse, Lüdenscheid. — Mit der Anschließklemme verbundene federnde Kantakthülse. — Lüdenscheider Metallwerke A.-G. vorm. Julius Fischer & Basse, Lüdenscheid. — Rastenplatte für elektrische Drehschalter. — Lüdenscheider Metallwerke A.-G. vorm. Julius Fischer & Basse, Lüdenscheid. — Sicherungspatrone für elektrische Installationsapparate. — F. W. Busch, A.-G. Lüdenscheid. — Sperriegel für Drehschalter. — Fa. J. D. vom Brocke, Halver i. W. — Zugschalter. — Gebr. Hahne, Lüdenscheid. — Eßtischen aus Aluminium. — Friedr. Dohmen, Schalksmühle i. W. — Schmiedestücke usw. —

Kohlenbericht Elektrizitätswert Mark.

Kraftwerk	Lagerbestand.		
	Herdecke	Elberlingen	Siesel
13. 2. 1922	175 t	1101 t	370 t
14. 2. 1922	436 t	1873 t	370 t

Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit zur Kenntnis unserer aus den Niederspannungsnetzen versorgten Kleinabnehmer, daß der Brennstoffpreis vom 1. Februar d. Jrs. ab eine Erhöhung erfahren hat und zurzeit Mk. 6700,— für 10 t frei Kraftwerke beträgt.

Nach der bestehenden Feuerungsabrechnung beträgt daher der ab 1. Februar d. Jrs. bis auf weiteres in Anrechnung zu bringende Feuerungszuschlag bei 40 Pfg. Grundpreis 438 Pfg., zusammen also 478 Pfg. Strompreis und bei 20 Pfg. Grundpreis 219 Pfg., zusammen also 239 Pfg. Strompreis für 1 KW Stunde.

Bei den nach dem Niederspannungstarif 1922 beziehenden Abnehmern stellt sich der Strompreis auf 478 Pfg. bzw. 319 Pfg. für 1 KW Stunde.

Hagen i. W., den 15. Februar 1922.

Kommunales Elektrizitätswerk Mark
Aktien-Gesellschaft
F. Overmann.

Höchstpreise für Brot und Mehl.

Nachdem auf Grund des Beschlusses der Reichsregierung die Abgabepreise für Getreide und Mehl der Reichsgetreidestelle ganz erheblich erhöht worden sind, ist auch eine entsprechende Erhöhung des Brotpreises erforderlich geworden. Der Herr Regierungs-Präsident zu Arnberg hat deshalb den Brotpreis nach eingehender Prüfung und nach Anhörung des Wehlausschusses neu festgesetzt:

Auf Grund des § 34 der Getreidegesetzgebung für 1921 werden deshalb unter Aufhebung der Bekanntmachung vom 6. Januar 1922 für den Umfang des Kreises Altena die Höchstpreise für Brot und Mehl festgesetzt:

für ein 6-pfündiges angeschobenes Graubrot	19,80 Mk.
" " 3 " "	10,— Mk.
" " 6 " Casseler Brot	20,— Mk.
" " 3 " "	10,10 Mk.
" " 6 " Schwarzbrot	18,70 Mk.
" " 3 " "	9,40 Mk.

Der Höchstpreis für das auf den 4. Brotschein zur Ausgabe gelangende Mehl 85%iger Ausmahlung wird für 500 Gramm Weizenmehl auf 4,00 Mk. für 500 " Roggenmehl 3,80 Mk. festgesetzt.

Ueberschreitungen der vorstehend angegebenen Höchstpreise werden auf Grund des § 49 des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide vom 21. Juni 1921 bestraft.

Diese Anordnung tritt mit Wirkung vom 18. Februar d. J. in Kraft.

Altena, den 15. Februar 1922.

Der Kreisaußschuß des Landkreises Altena:
Der Vorsitzende: Th. M. E. Landrat.

Auf Teilzahlung!

Herren- und Burschen- **Anzüge**
Damen-Konfektion
Kleider- :: Blusen :: Kostüm-
Stoffe

Bettzeug, Hemdentuch,
Schürzenstoff, Barchent
sowie sämtliche

Manufakturwaren
und Gardinen.

H. Seidemann, Hagen

Altenhagener Brücke 3
1 Minute vom Hauptbahnhof.

Bequeme Abzahlungen!

Gedenket der hungernden Vögel!

Aparte Neuheiten

in hochfein...

Briefpapier
Mappen
Kassetten
etc. etc.

vorrätig in der

Buchhandlung

Wilh. Bell jr., Halver.

Empfehle zu den billigsten Tagespreisen:

Soeben eingetroffen:

Allerfeinstes Sesamöl,
Mittelbohnen,
(weiße Böhnchen), gelbe
Erbsen, Hafergrütze, vor-
züglich für Schlachtweide geeig-
net, blütenweißes Weizen-
mehl, Ia. Weizengriesmehl,
ff. Schnitt- und Hörnchen-
Audeln, Ia. Schmierseife.

Ab heute nachmittag
Petroleum.

Gebr. Haase,

Halver. — Fernsprecher 308.

Achtung! — Buschhausen und Umg.!

Sonntag, den 19. Februar
nachmittags 4 Uhr findet im
Sokale Werthmann eine

öffentl. Versammlung

statt.

Arbeiter! Bauern!

Erscheint in Massen!

Kommunistische Partei
Deutschlands

Ortsgruppe Halver.

Landwirtschaftl. Verein
Halver e. V.

Montag, den 20. ds. Mts.
nachmittags 4 Uhr

Haupt-Versammlung

Tagesordnung:

1. Vortrag eines Beamten des Haftpflichtversicherungsvereins in Münster i. W.
2. Vortrag des Herrn Amtsbaumeister Decker über die von der Westf. Provinzial-Feuerversicherung geplante Umlageversicherung.
3. Steuerangelegenheiten.

Der Vorstand.

Zum sofortigen Eintritt wird ein gelernter

Schleifer,

welcher auch Schneidwaren schleifen und polieren kann

für dauernd gesucht.

C. S. Steinbach,

Halver.

Pferdeversicherungs-Gesellschaft

im Amte Halver.

Zahlungstermine

sind wie folgt angelegt:

In Halver am Sonntag, den 19. Februar 1922 vorm. von 9^{1/2}—12^{1/2} Uhr, nachm. von 4—6 Uhr im „Gasthof zur Post“

In Oberbrügge am Sonntag, den 26. Februar 1922, vorm. von 10—12^{1/2} Uhr im „Gasthof Reinecke“.

An demselben Tage, nachm. von 2—5 Uhr in Schalksmühle im „Gasthof Müller“.

Der Rechnungsführer:
Rob. Reininghaus.

3 Riemen-Fallhämmer

50—60 Mgr. Bärgeviert, neu oder gebraucht, aber gut erhalten,

zu kaufen gesucht

Th. Enneper Söhne,

Halver — Fernsprecher 20.

In Kierspe zu verkaufen:

1 Brutmaschine,

1 Rückenheilm,

1 Sportwagen.

Zu erfragen:

Kierspe, Allg. Anzeiger.

Tabak

empfehl

Fr. Herm. Bohmer, Schalksmühle.